

Kurden im Iran

Die Kurden blicken auf eine seit Jahrzehnten andauernde traurige, von Menschenrechtsverletzungen geprägte Geschichte zurück. Seit Monaten, insbesondere seit der Pandemie und Verschlechterung der Wirtschaftslage, nehmen die Menschenrechtsverletzungen gegen Oppositionelle und Minderheiten vor allem in Rojhelat, dem hauptsächlich von Kurden bewohnten Gebiet im Iran, weiter zu. Im Iran sind im Schnitt mindestens ein Viertel der Inhaftierten, Gefolterten und Hingerichteten Kurden.

Menschenrechtsverletzungen gegen Kurden im Iran 2020/2021

Laut Amnesty International sind seit Jahrzehnten ethnische Minderheiten im Iran, darunter Kurden, Ahwazi-Araber, aserbaidjanische Türken, Belutschen und Turkmenen, einer tief verwurzelten Diskriminierung ausgesetzt, die ihren Zugang zu Bildung, Beschäftigung, angemessenem Wohnraum und politischen Ämtern einschränkt. Anhaltende Unterinvestitionen in Regionen, die von Minderheiten bevölkert sind, verschlimmerten Armut und Marginalisierung. Trotz wiederholter Aufrufe zur sprachlichen Vielfalt bleibt Persisch die einzige Unterrichtssprache in der Grund- und Sekundarschule. Obwohl Persisch die am weitesten verbreitete Sprache im Land und die Sprache der Regierung, der Literatur und der Populärkultur ist, sprechen schätzungsweise nur etwa 60 % der Iraner Persisch als Muttersprache. Im ganzen Iran sind Sprachen wie Kurdisch oder Arabisch weit verbreitet, trotz zahlreicher Versuche des letzten Jahrhunderts, sie zu verdrängen. Seit Reza Shah Pahlavi 1925 den Thron bestieg, hat die iranische Regierung versucht, die Minderheiten des Landes auf Linie zu bringen und sie zu zwingen, sich einer engen Vorstellung von iranischer Identität anzupassen. Die postrevolutionäre Verfassung von 1979 versprach zwar gleiche Rechte für alle Minderheiten des Irans, dies waren aber nur leere Worte (National Fabric. Iran's Ethnic Minorities, 2015).

Es ist eine traurige Tatsache, dass die Islamische Republik – zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung



Einige der 79 Personen, die im Iran allein zwischen 27. Dezember 2020 und 25. Januar 2021 festgenommen wurden – im Zuge politischer Verfolgung von Kurden.

Foto: <https://kurdpa.net/en/news/arresting-and-summoning-of-citizens-in-kurdistan-reached-79-persons>

und im Kampf gegen jede Art von Widerstand – seit Beginn der Herrschaft der Mullahs Fortschrittsgedanken, Religions- oder kulturelle Freiheit, wie z. B. die Ausübung und Unterrichtung der kurdischen Sprache, verbietet sowie Gefangene und Geiseln öffentlich demütigt, inhaftiert, sie auspeitscht, bei Mitgliedschaft in Oppositionsparteien zu langen Haftstrafen oder zur Todesstrafe verurteilt, sie öffentlich aufhängt oder ihnen die Hände abhackt.

Allein zwischen dem 27. Dezember 2020 und dem 25. Januar 2021 wurden im Zuge von politischer Verfolgung 79 Personen festgenommen,

bis März 2021 waren es über 130. Selbst Menschen, die in Rojhelat das Neujahrsfest „Newroz“ am 21. März gefeiert haben, wurden wegen der Ausübung ihrer Kultur verhaftet, obwohl „Newroz“ auch ein persischer Feiertag ist.

In den Gefängnissen in Rojhelat sind weder eine menschenwürdige Behandlung noch ausreichende medizinische Versorgung zu erwarten. In vielen Fällen wird bei Verhaftungen oder Verurteilungen der Beistand eines Anwalts verweigert. Schauen wir in den Sommer 2020: Im Juni 2020 berichteten Menschenrechtsvereinigungen im Iran über die Hinrichtung des politischen Ge-

fangenen Hedayat Abdullapour, der nach dem blutigen Konflikt zwischen den Pasdaran (Iranische Revolutionsgarden) und den Peshmerga (Freiheitskämpfer) der Demokratische Partei Kurdistans (PDKI) im Dorf Qaresoghl am 15. Juni 2016 verhaftet wurde.



Im Juni 2020 wurde der politische Gefangene Hedayat Abdullapour hingerichtet.

Foto: <https://kurdistanhumanrights.org/en/iran-executes-kurdish-political-prisoner-refuses-returning-body-to-family-2>

Am 15. Juli 2020 berichtet Amnesty International über zwei junge Männer, die im Zuge der Repression gegen die Kurden im Iran zur Todesstrafe verurteilt wurden. „Der zunehmende Einsatz der Todesstrafe im Iran als politische Waffe zur Unterdrückung ist alarmierend und erfordert die sofortige Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Ohne dringende diplomatische und öffentliche Maßnahmen besteht die Gefahr, dass noch mehr Leben im Iran durch die Hinrichtungsmaschinerie des Staates verkürzt werden“ (Diana Eltahawy; übersetzt aus dem Englischen).

Bereits einen Tag später, am 16. Juli 2020, informiert die UNPO (Unrepresented Nations & People Organization) – neben vielen anderen Menschenrechtsorganisationen (siehe Kasten), Medien und Institutionen – über die zehnjährige Haftstrafe der Lehrerin Zara Mohammadi, verhängt am 14. Juli 2020 für die Unterrichtung der kurdischen Sprache im Iran. Zara Mohammadi ist Direktorin und Mitbegründerin des Nojin-Kulturvereins, einer zivilge-

sellschaftlichen Vereinigung, die sich auf verschiedene gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten konzentriert, unter anderem auf das Lehren der kurdischen Sprache und Literatur. Dieses Urteil wurde im Februar 2021 wegen unhaltbarer Argumente vom iranischen Berufungsgericht in Sanandaj revidiert und die Haftstrafe auf fünf Jahre verkürzt.

Dabei sind Minderheitenrechte in der iranischen Verfassung verankert – nämlich in Artikel 15, der „den Gebrauch der regionalen und Stammsprachen sowohl in der Presse und den Massenmedien als auch für das Unterrichten von Literatur in Schulen erlaubt (in Ergänzung zum Persischen)“ und Artikel 19, der besagt, dass „alle Menschen im Iran, egal welcher ethnischen Gruppe oder welchem Stamm angehörig, [...] die gleichen Rechte [haben]; und Hautfarbe, Rasse, Sprache und dergleichen [...] keine Privilegien [gewähren]“.

Mindestens 35 Verhaftungen pro Monat

Nach Angaben kurdischer Menschenrechtsgruppen wurden im Jahr 2020 mehr als 500 Angehörige der kurdischen Minderheit im Iran, darunter auch Menschenrechtsverteidiger, aus politisch motivierten Gründen verhaftet und wegen weit gefasster und vage formulierter Verstöße gegen die nationale Sicherheit angeklagt. Mindestens 159 von ihnen wurden anschließend zu Haftstrafen zwischen einem Monat und

17 Jahren verurteilt, vier erhielten die Todesstrafe.

Man könnte jeden beliebigen Monat unter die Lupe nehmen und fände unverhältnismäßige Inhaftierungen und Menschenrechtsverstöße; im Folgenden eine Zusammenstellung des Institut Kurde de Paris (11/2020): Seit Anfang Oktober 2020 verbüßt das ehemalige Mitglied der kurdischen Oppositionsgruppe Faiq Yousifi in Saqqez eine sechsmonatige Haftstrafe, ebenso die Aktivistin Andesha Sadri, die am 7. Oktober verhaftet worden war. Am 10. Oktober begann für den Umweltaktivisten Jalal Rostami in Sanandaj eine 30-monatige Haftstrafe wegen „Mitgliedschaft in einer kurdischen Oppositionspartei“. Ihm waren eine Woche zuvor im selben Gefängnis zwei andere Aktivistinnen, Rahim Rafa'ti und Rahman Tabesh, vorausgegangen, die aus demselben Grund zu 43 Monaten verurteilt worden waren. Darüber hinaus trat ein kurdischer Aktivist aus dem Dorf Naj, Pish'tiwan Afsa, ebenfalls in Sanandaj eine fünfjährige Haftstrafe wegen seiner Teilnahme an den Demonstrationen im November 2019 an. Ebenfalls in Sanandaj wurde Mortaza Jaafer, ein zum Christentum konvertierter Kurde, wegen „Verbreitung von Perversion auf der Erde“ (mofsede fil arz) zu 15 Jahren Haft verurteilt. Er war aus der Türkei, wo er zunächst Zuflucht gefunden hatte, abgeschoben worden. Die Sicherheitskräfte oder der Eteelaat (Geheimdienst) verhaften manchmal auch



Haftstrafe für die Lehrerin Zara Mohammadi wegen Unterrichtung der kurdischen Sprache

Foto: <https://bengam.net>

Informationen zur Menschenrechtslage in Kurdistan/Iran

Center for Human Rights in Iran: <https://www.iranhumanrights.org/>
 Hawar News: <https://hawarnews.com/en/>
 Hengaw: <https://hengaw.net/en>
 Iran Human Rights: <https://iranhr.net/en/>
 KHRN: <http://kurdistanhumanrights.org/en>
 KMMK: <https://kmmk-ge.org/>
 Komun Academy: <https://komun-academy.com>
 Kurdistan Press Agency: <https://kurdpa.net/en>
 PDKI <https://www.pdki.de>
 PIK: <https://www.peaceinkurdistancampaign.com/category/regions/iran/>
 Rojhelat: <http://rojhelat.info/en/>

sehr junge Menschen wie die 18-jährige Poya Bostani am 12. Oktober in Piranshahr oder die 14-jährige Sena Nekaie. Die KMMK (Association for Human Rights in Kurdistan) berichtete, Sena Nekaie sei am 27. Oktober in Marivan von Eteleat-Beamten verhaftet worden, die sich als Bildungsbeamte ausgegeben hätten. Am 24. Oktober berichtete das Washingtoner Kurdish Institute (WKI), die 17-jährige Aynaz Zaraq sei beschuldigt worden, einer kurdischen Oppositionspartei anzugehören, und vom „Revolutionsgericht“ in Urmia zu fünf Jahren Gefängnis wegen „Untergrabung der nationalen Sicherheit“ verurteilt worden. Deren Mutter war im Juli zu 15 Jahren Haft verurteilt worden. Am 10. und 12. Oktober verhafteten die Pasdaran neun Kurden in Paveh und beschuldigten diese, sie angegriffen zu haben. Nach Angaben lokaler Menschenrechtsvereinigungen war ihre Verhaftung jedoch in Wirklichkeit darauf zurückzuführen, dass sie sich geweigert hatten, den Pasdaran bei einer Razzia am 6. Oktober ihr Vieh zu übergeben. Auch drei kurdische Aktivisten namens Hamed Shiekhi, Nabi Malawaisi und Ayoub Kakakhani mussten im Oktober ihre einjährige Haftstrafe wegen „Zugehörigkeit zu einer kurdischen Oppositionspartei“ antreten. Am 24. Oktober wurde in Sanandaj der Prozess gegen den kurdischen Journalisten Murtaza Haqbayan eröffnet, der beschuldigt wird, offizielle Dokumente, die die Korruption hoher iranischer Beamter enthüllen, über soziale Medien verbreitet zu haben.

Am 25. setzte sich ein kurdischer Gefangener aus dem Zentralgefängnis von Urmia, Hojat Nazhat, in Brand, um gegen die Weigerung der iranischen Behörden zu protestieren, ihn nach Verbüßung seiner einjährigen Haftstrafe freizulassen. Ende des Monats wurden fünf kurdische Aktivisten, die im Oktober 2019 wegen Mitgliedschaft in der kurdischen Partei Komala und „Handlungen gegen die nationale Sicherheit“ festgenommen worden waren, zu fünf Jahren Haft verurteilt. Schließlich hat das Regime mehrere kurdische Aktivisten im ganzen Land inhaftiert, darunter Anisa Maiher in Kermanshah, Darwesh Murdai in Eslamabade Gharb, Wahed Abbaszada in Baneh und Ahmad Mohammadi in Saqqez (WKI).

Diese Reihe vom Oktober 2020 ließe sich bis heute fortsetzen: Am 30. April 2021 wurden die zwei kurdischen Bürger Kaveh Menbari und Shirko Menbari aus Niar bei Sanandaj ohne richterlichen Beschluss festgenommen und anschließend an einen unbekannteren Ort gebracht.

Die Kurden im Iran – Sündenböcke misslungener Politik der islamischen Republik?

Anti-iranische Operationen der USA und der NATO-Staaten haben sich seit Januar 2020 vervielfacht. Eine Reihe von weiteren Angriffen zielte auf Nuklearanlagen oder Raffineri-

en ab, darunter die Explosion der Nuklearanlage in Natanz Anfang Juli 2020, dann die Ermordung von Abu Mohammed Al-Masri (Al-Qaida) im August mitten in Teheran. Der Erfolg der Operation war ein Schlag ins Gesicht der Islamischen Republik Iran. Als Reaktion auf die veränderten politischen Verhältnisse und in dem Versuch, sich vom Vorwurf der fehlenden Souveränität und Ineffektivität freizusprechen, sucht das Mullahregime nach Sündenböcken unter den Schwächsten – das sind im Iran unter anderem die Kurden. Sie werden schon lange beschuldigt, mit dem „Feind“ in Verbindung zu stehen. In der Tat erklärte ein Beamter des Regimes in der Financial Times, dass „sowohl die Wirtschaftskrise als auch das Vorhandensein politischer und ethnischer Dissidentengruppen die Rekrutierung von Personen für die Durchführung von Attentaten erleichtern“.

Fast zeitgleich mit der Ermordung von Mohsen Fakhrizadeh – iranischer Kernphysiker, Hochschullehrer und Angehöriger der Revolutionsgarden – am 27. November 2020 veröffentlichte das Statistische Zentrum des Iran seinen monatlichen Bericht über den Verbraucherpreisindex (CPI). Diesem Dokument zufolge ist das iranische Kurdistan nach wie vor eine der ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen des Landes, wobei die kurdische Provinz Ilam mit 8,8 % den höchsten monatlichen Anstieg



Im April 2021 wurden Kaveh Menbari und Shirko Menbari ohne richterlichen Beschluss festgenommen und an einen unbekannteren Ort gebracht.

Foto: <https://kurdpa.net/en/news/sanandaj-detention-of-two-citizens-by-security-forces>

der Verbraucherpreise zu verzeichnen hat. Die Provinz Kurdistan mit der Hauptstadt Sanandaj liegt mit +7,1 % an vierter Stelle, was den Anstieg des CPI betrifft. Besonders Irans Mittelschicht ist durch die Wirtschaftskrise bedroht, die Wirtschaft wird von Korruption und Misswirtschaft untergraben. Ende Oktober 2020 wurde der Euro auf dem Schwarzmarkt für fast 300.000 Rial gekauft, doppelt so viel wie 2019. Außerdem hat die Covid-19-Pandemie der Wirtschaft des Landes einen weiteren Schlag versetzt, wobei Rojhelat eine Höchstzahl an Todesfällen aufweist.

Die Wirtschaftskrise überleben – Schmuggel an der iranischen Grenze

Wie immer treffen die Repressionen besonders Familien von Minderheiten, die durch die Politik Teherans und auch die derzeitige Covid-19-Pandemie stark diskriminiert werden. Durch die Krise sind junge Männer gezwungen, den gefährlichen Beruf des Grenzträgers (Kolbar) auszuüben. Nach Angaben des Statistik- und Dokumentationsdatenzentrums der ungarischen Menschenrechtsorganisation Hengaw wurden im April 2021 mindestens 18 Kolbars und Händler an den Grenzen des iranischen Kurdistan getötet oder verwundet, 78 % von ihnen wurden durch direktes Feuer der iranischen Streitkräfte erschossen.



Junge Männer sind gezwungen, den gefährlichen Beruf des Grenzträgers auszuüben.

Foto: <https://hengaw.net/en/news/18-kolbars-and-local-tradesmen-killed-and-wounded-in-april-2021>

Das Institut Kurde de Paris berichtete im November 2020 von der Problematik des Schmuggels: Am 31. Oktober waren zwei Brüder, Muslim und Mosleh Ghasimi, auf dem Rückweg in den Iran von türkischen Grenzsoldaten ins Visier genommen worden, einer erlag im Krankenhaus von Hakkari seinen Verletzungen. Weitere Kolbars waren Ende Oktober von iranischen Grenzsoldaten verletzt oder getötet worden. Darüber hinaus wurde am 4. Oktober ein weiterer Träger in der Nähe von Piranshahr durch eine Mine aus dem Iran-Irak-Krieg schwer verletzt. In der darauffolgenden Woche wurden nach Angaben der KMMK-Vereinigung zur Verteidigung der Menschenrechte in Kurdistan drei Kolbars getötet. Zwei wurden in der Nähe von Chaldiran in zwei Hinterhalten am 5. und 6. getötet, und ein dritter, Khosar Sharifi, erlag am 7. Oktober im Krankenhaus in Sanandaj seinen Verletzungen. Am 17. Oktober wurde ein Kolbar in Hawraman erschossen. Ebenfalls nach Angaben der KMMK wurden am 18. und 19. Oktober zwei weitere von den Pasdaran in der Nähe von Oshnavieh (Shino) getötet und ein dritter kam durch Artilleriebeschuss der iranischen Armee (WKI) bei Saqqez ums Leben. Außerdem fand ein Hirte in der Nähe der iranisch-irakischen Grenze in der Provinz Kermanshah die Leiche eines Kolbars namens Murtaza Azizi, der seit vier Monaten vermisst worden war. Schließlich wurde

am 21. Oktober ein Kolbar durch eine Mine aus dem iranisch-irakischen Krieg in der Nähe von Oshnavieh (Shino) getötet. Am 24. und 26. Oktober verletzten iranische Grenzsoldaten drei Kolbars in der Nähe des Grenzpostens von Newsud (Kermanshah). Am 26.

Oktober wurde ein kurdischer LKW-Fahrer in Ahwaz von unbekanntem Bewaffneten getötet. Am 27. Oktober wurde ein Kolbar in einem Hinterhalt iranischer Soldaten in der Nähe von Sabzeyar getötet und schließlich wurde ein weiterer am 29. Oktober in der Nähe von Bradost verwundet (WKI).

Resolutionen des UN-Menschenrechtsrats

Laut dem UN-Sonderberichterstatter für den Iran wird unter den kurdischen politischen Gefangenen, die wegen Straftaten im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit angeklagt sind, eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Personen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im Jahr 2020 wurden mindestens vier Personen der kurdischen Minderheit des Irans nach äußerst unfairen Prozessen im Zusammenhang mit ihrer angeblichen Beteiligung an bewaffneter Opposition hingerichtet. Wegen der Repressionen und Gräueltaten unter anderem gegen die kurdische Minderheit beschloss der UN-Menschenrechtsrat (HRC) zwischen 2011 und 2020 immerhin zehn Resolutionen gegen den Iran. Das iranische Mullahregime ist zurzeit kein Mitglied im HRC. In der letzten und elften Resolution vom 12. März 2021, die auf der 46. HRC-Sitzung verabschiedet wurde, weisen die 47 Mitgliedstaaten auf die fehlende Kooperation des Iran mit dem HRC hin. Die Resolution, die auf eine gemeinsame Erklärung der 45. HRC-Sitzung im September 2020 zurückgeht (siehe Kasten auf Seite 13), fordert die Ausweitung des Mandats des Sonderberichterstatters bis 2022 und ruft das Mullahregime in Iran auf, mit dem Sonderberichterstatter zusammenzuarbeiten, ihm zu genehmigen, das Land zu besuchen, und ihm alle notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Vermutlich bleibt auch diese neue Resolution ohne Folgen und ohne Gerechtigkeit für die Kurden im Iran.

*Dana Pietsch
Asylzentrum Tübingen e.V.*

Zur Lage im Iran – Menschenrechtsrat am 25.09.2020

45. Sitzung, allgemeine Aussprache, Item 4

Gemeinsame Erklärung *(übersetzt aus dem Englischen)*

An Frau Präsidentin *(Ms. Elisabeth Tichy-Fisslberger)*

Wir sind uns der Herausforderungen bewusst, denen sich die Islamische Republik Iran bei der Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zu stellen hat.

Wir sind weiterhin tief besorgt über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen im Iran, insbesondere in Bezug auf die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Glaubwürdige Berichte über willkürliche Verhaftungen, unfaire Gerichtsverfahren, erzwungene Geständnisse und Praktiken der Folter und Misshandlung von Gefangenen im Zusammenhang mit den jüngsten Protesten sind besonders besorgniserregend.

Wir fordern den Iran dringend auf, unabhängige, transparente und glaubwürdige Untersuchungen über die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt gegen gewaltlose Demonstranten zu gewährleisten und alle Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Wir verurteilen aufs Schärfste, dass der Iran weiterhin die Todesstrafe anwendet, auch gegen jugendliche Straftäter, wie z.B. Barzan Nasrollahzadeh, darüber hinaus die plötzliche Hinrichtung von Navid Afkari am 12. September angesichts der Bedenken bezüglich seines Prozesses, der Berichte über erzwungene Geständnisse und seiner Behandlung in der Haft.

Wir bekräftigen, dass wir die Todesstrafe unter allen Umständen ablehnen, und fordern den Iran dringend auf, ein Moratorium zu verhängen.

Wir loben den unerschütterlichen Mut der Menschenrechtsverteidiger im Iran – einschließlich der Verteidiger von Frauenrechten, Umweltaktivisten und Anwälte. Sie leiden weiterhin unter Einschüchterung, Verfolgung und Misshandlungen.

Wir fordern den Iran auf, alle willkürlich Inhaftierten sowie politische Gefangene und Gefangene aus Gewissensgründen wie Nasrin Sotoudeh und Narges Mohammadi unverzüglich freizulassen.

Wir rufen den Iran auf, die Unabhängigkeit des Justizsystems, die Regeln eines fairen Verfahrens, das Recht auf Verteidigung und Zugang zu einem frei gewählten Anwalt zu garantieren.

Schließlich würdigen wir das jüngste Engagement des Irans gegenüber dem Büro der Hohen Kommissarin HE Ms. Michelle Bachelet und fordern den Iran auf, mit den einschlägigen Mandaten für Sonderverfahren, insbesondere mit dem UN-Sonderberichterstatter für die Situation der Menschenrechtsslage in der Islamischen Republik Iran uneingeschränkt zusammenzuarbeiten.

Wir sind bereit, mit dem Iran konstruktiv auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Vielen Dank, Frau Präsidentin!

(verlesen von einem Vertreter der Bundesregierung im Namen von 47 Ländern)